

Schwerpunkt Frauenstreiktag am 14. Juni 2019

«Wir dürfen den Kaffee servieren, während sich Männer die Jobs angeln»

Frauenstreiktag Die Liechtensteiner Frauen sind unzufrieden und begehren auf. So wie im Jahr 1991 zogen sie gestern Nachmittag mit ungemachter Wäsche durch das Vaduzer Städtle.

VON SILVIA BÖHLER

Es sind Bilder, die Liechtenstein zuletzt vor 28 Jahren gesehen hat. Frauen stehen auf dem Peter-Kaiser-Platz, direkt vor dem Regierungsgebäude und halten Wäschestücke in die Höhe. Mit Slogans wie «Frauen sind keine Minderheit», «Gleichstellung beginnt im Kopf» und «Ein anderes Jahrhundert - dasselbe Problem» mahnten die Frauen auch gestern einen jahrelangen Stillstand in der Gleichstellungspolitik an. Es geht um Lohnungleichheit, Diskriminierung, sexuelle Belästigung und ungleiche Verteilung der Care-Arbeit. Eingefunden haben sich am gestrigen Frauenstreiktag rund 200 Frauen und solidarische Männer.

Mit der Gleichstellung hapert es

Martina Haas, stv. Geschäftsführerin des liechtensteinischen Arbeitnehmerinnenverbandes, sprach vom Gleichstellungsgesetz, das in Liechtenstein seit 20 Jahren in Kraft sei, dessen Umsetzung aber gewaltig hapere. «Wir Frauen sind es, die die unbezahlte Arbeit, wie Hausarbeit, Kinderbetreuung und Pflege der älteren Menschen übernehmen. Wir tragen somit zu einem guten Gelingen der Gesellschaft bei», sagte Haas. Wenn Frauen allerdings einer bezahlten Arbeit nachgehen, würden sie weniger Lohn erhalten, aufgrund der Familienpflichten schlechter gestellt und von höheren Positionen ausgeschlossen. «Aufgrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wir oft auf Teilzeitangebote angewiesen, die nicht unseren Qualifikationen entsprechen.



«Frauen verlieren viel zu viel, wenn es um männliche Machtspiele geht.»

AURELIA FRICK
REGIERUNGSRÄTIN

Wir dürfen den Kaffee servieren, während die Männer sich die interessanten Jobs angeln», skandierte Martina Haas.

«Buh»-Rufe für Mauro Pedrazzini

Das Frauenstreikkomitee will Veränderung und hat deshalb ein Manifest verfasst. Das Papier hätten die Frauen gestern gerne offiziell Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini überreicht, doch der erteilte dem Komitee eine Absage und blieb dem Frauenstreik fern. Dafür erntete er laute «Buh»-Rufe von den Frauen und Unverständnis von Martina Haas: «Unser Gesellschaftsminister hat kein Verständnis für gesellschaftspolitische Anliegen.» An seiner Stelle hat sich Regierungsrätin Aurelia Frick bereit erklärt, das Manifest entgegenzunehmen. Respekt zollte ihr auch Conny Büchel Brühwiler: «Als einzige Person in der Regierung hat Aurelia Frick eine klare Haltung und zwei offene Ohren für

die Gleichbehandlung von Frauen.» Sie scheue auch keine wirksamen Massnahmen wie zum Beispiel eine Geschlechterquote.

Aurelia Frick wehrt sich

Aufgrund der aktuellen Ereignisse warf Regierungsrätin Aurelia Frick ihre vorbereitete Rede kurzerhand über Bord und wandte sich mit persönlichen Worten an das Publikum. «Viele von euch wissen wahrscheinlich, dass eine Rücktrittsforderung gegen mich auf dem Tisch liegt. Ein Rücktritt kommt für mich aber definitiv nicht infrage», zeigte sie sich kämpferisch und stellte gleichzeitig die Vermutung in den Raum: «Als Herr Aurelio Frick wäre mir das wahrscheinlich nicht passiert. So wie mir, geschieht es aber vielen Frauen auf dieser Welt. Sie werden kleingemacht, bedroht, sie werden nicht gehört, wissentlich werden Tatsachen verdreht und sie werden kaltblütig geopfert für Ziele, die sich andere Menschen gesteckt haben. Frauen verlieren viel zu viel, wenn es um männliche Machtspiele geht. Gegen das will ich mich wehren.» Die Regierungsrätin verwies in ihrer Rede aber auch auf den neu erschienen Menschenrechtsbericht. Mit Zahlen und Fakten sei dort belegt, dass Frauen weniger verdienen wie Männer und häufig auch Ausländer gegenüber Einheimischen benachteiligt würden. «Die Statistik führt uns kaltblütig vor Augen, dass Liechtenstein noch einen langen Weg vor sich hat», sagte Frick. Sie erhofft sich mit den Zahlen sachliche Diskussionen und dass die nächsten Generationen von den Bemühungen der Frauen von heute profitieren können.



Manifest

Sieben Forderungen zur Gleichstellung

VADUZ Conny Büchel Brühwiler, CO-Präsidentin der Freien Liste, und Petra Eichele, Geschäftsführerin Infra, haben für das Aktionskomitee ein Manifest verfasst, das gestern an Regierungsrätin Aurelia Frick übergeben worden ist.

1. Care ist Wirtschaft

Wir fordern das Sichtbarmachen der unbezahlten Arbeit durch eine Studie, welche das Ministerium für Gesellschaft in Auftrag gibt. Wir fordern eine angemessene Verteilung der unbezahlten Care-Arbeit zwischen Frauen und Männern und die Anerkennung, Wertschätzung sowie den Einbezug der unbezahlten Care-Arbeit in die Sozialversicherungen.

Die gleichberechtigte Verteilung unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern ist gelebte Gleichstellung. Überall auf der Welt wird mehr unbezahlt gearbeitet als bezahlt, auch in Liechtenstein. Frauen leisten einen grossen Teil der unbezahlten und gesellschaftlich sehr wichtigen Care-Arbeit (Familienarbeit, Kindererziehung, Betreuung älterer Menschen). Wir fragen uns: wie viele Stunden unbezahlter Arbeit werden in Liechtenstein geleistet und von wem?

2. Gleichstellungsstrategie

Wir fordern von der Regierung und dem Landtag die Einführung einer umfassenden Gleichstellungs- und Gender-Mainstreaming-Politik durch die Regierung. Sie soll die Bereitstellung struktureller und

personeller Ressourcen, Budgetierung sowie Überwachungsmaßnahmen und Rechenschaftspflichten in allen staatlichen Sektoren und Stufen einschliessen.

Die Forderungen der Frauenorganisationen werden von den dringenden Empfehlungen der Vereinten Nationen unterstützt. Bei Gleichstellungsthemen stellen wir seit Jahren einen Stillstand fest. Im Bereich familienergänzende Betreuung konnten zwar Fortschritte erzielt werden. Doch seit der Auflösung der regierungsnahen Stabsstelle für Chancengleichheit im Zuge der Verwaltungsreform 2011 ist die Umsetzung der faktischen Gleichstellung zum Stillstand gekommen. Nichtregierungsorganisationen übernehmen wie vor 1996 staatliche Aufgaben, mehrheitlich ohne adäquate staatliche Unterstützung. Dies ist besonders störend, weil sich der liechtensteinische Staat nicht zuletzt durch Ratifizierung des CEDAW-Abkommens mit den Vereinten Nationen zur Übernahme von Aufgaben verpflichtet hat.

3. Rollenbilder

Wir fordern von der Politik, der Verwaltung, Wirtschaftsverbänden, Organisationen und den Privatpersonen das Aufbrechen von überholten Rollenbildern und altmodischen Strukturen, damit die wirtschaftliche Unabhängigkeit und soziale Absicherung aller Frauen möglich wird. Traditionelle Verhaltensmuster und patriarchale Strukturen wirken noch immer in Liechtenstein. Gesellschaftliche Vorurteile und Rollenbilder, die Frauen und Männer in ihrer Entwicklung einschränken, fördern ungleiche Machtverhältnisse und führen zu grosser wirtschaftlicher, sozialer und emotionaler Abhängigkeit. Die Überwindung von überholten Rollenbildern stärkt die

Unabhängigkeit der Frauen und ist ein wesentlicher Beitrag zur tatsächlichen Selbstbestimmtheit der Frauen.

4. Gewalt gegen Frauen

Wir fordern die Ratifizierung der Istanbul-Konvention noch in diesem Jahr (2019) durch den Landtag. Häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen sind auch in Liechtenstein weit verbreitet und verursachen grosses menschliches Leid und auch hohe gesellschaftliche Kosten. Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention wird klar zum Ausdruck gebracht, dass Liechtenstein Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt nicht toleriert. Die Konvention sieht auch vor, die Gleichstellung von Frau und Mann zu fördern und Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts zu beseitigen.

5. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wir fordern von den Wirtschafts-, Industrie- und Bankenverbänden lösungsorientierte und praktikable Ansätze für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir fordern von der Politik und den Wirtschaftsverbänden zusätzlich zum bezahlten Mutterschaftsurlaub eine bezahlte Elternzeit von mindestens einem halben Jahr, qualifizierte Teilzeitstellen für Frauen und Männer, keine Diskriminierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgrund des familiären Engagements. Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeitmodelle sind in unserem wirtschaftlichen Umfeld immer noch viel zu selten anzutreffen.

6. Lohnungleichheit

Wir fordern den Abbau der Lohnungleichheit und die Unterstützung im Kampf ge-

gen die Lohnungleichheit von den Wirtschaftsverbänden und der Politik. Die Lohnungleichheit ist in Liechtenstein im Jahr 2022 besiegt!

Gleichstellung ist dann erreicht, wenn Frauen und Männer gleiche Aufstiegs- und Karrierechancen ungeachtet der Familienarbeit haben und keine Lohnunterschiede aufgrund des Geschlechts feststellbar sind. Schon im Manifest aus dem Jahr 2010 forderte das Frauennetz den Abbau der Lohnungleichheit bis zum Jahr 2018. Seit 2012 hat sich die Lohnungleichheit nur unwesentlich verändert. Das führt dazu, dass Frauen weiterhin weniger verdienen und in der Altersvorsorge schlechter gestellt sind. Sie haben das finanzielle Nachsehen (Altersarmut).

7. Mehrfachdiskriminierung

Wir sind gegen Diskriminierung jeglicher Art und für Chancengerechtigkeit für alle! Wir fordern einen barrierefreien Zugang in allen Lebensbereichen der Gesellschaft, Chancengerechtigkeit und Teilhabe unabhängig von Religion, Herkunft, Zugehörigkeit, sexueller Orientierung oder Behinderung!

Frauen sind keine homogene Gruppe von Menschen und es gibt unter ihnen Privilegierte und weniger Privilegierte. Weitere Diskriminierungen können in Bezug auf Behinderungen, sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität, Schichtzugehörigkeit, Herkunft/Nationalität, religiöse Zugehörigkeit etc. entstehen. Der Frauenstreiktag soll Solidarität mit allen Diskriminierten (nicht nur in Liechtenstein) zeigen und beispielsweise auf Schwierigkeiten im Informationszugang hinweisen.



Martina Haas liess kein gutes Haar an Regierungsrat Mauro Pedrazzini.